

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 46. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 15. Mai 2008

1. Abgeordnete
Manfred Geis und
Dr. Matthias Krell (SPD)

Einführung von Jugendkunstschulen

Nach der ersten Antragsrunde unterstützt die Landesregierung nun 34 Jugendkunstschulen, die eine breite Palette von Projekten im künstlerisch-gestaltenden Bereich anbieten.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie ist die Angebotsstruktur der jetzt geförderten Jugendkunstschulen zu beschreiben?
2. Nach welchen Kriterien erfolgte das Auswahlverfahren?
3. Wie gestaltet sich die Trägerstruktur der Einrichtungen?
4. Wie geht es mit der Unterstützung von Jugendkunstschulen nach der ersten Antragsrunde 2008 weiter?

2. Abgeordnete
Dr. Thomas Gebhart und
Alexander Licht (CDU)

Wahrhaftigkeit von Regierungsaussagen im Landtag

Bis heute ungeklärt sind aktuelle Widersprüche in energiepolitischen Sachaussagen und Zielsetzungen der Landesregierung, weil entsprechende Klarstellungen und plausible Erklärungen durch die Landesregierung noch immer ausbleiben.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wieso hat die Landesregierung bis heute nicht klargestellt, ob es ihr energiepolitisches Ziel ist, den Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energien bis 2020, wie in der Regierungserklärung vom 28. Juni 2007 dargelegt, oder bis 2030, wie in der letzten Plenarsitzung geäußert worden ist, auf 30 % zu steigern?
2. Warum hat die Umweltministerin, nachdem sie in einer Plenardebatte falsche, weil erheblich zu niedrige Emissionswerte des geplanten Mainzer Kohlekraftwerks genannt hatte, diese Werte erst einen Tag später – nach Abschluss der Plenarsitzungen – und nicht bereits während der Plenarsitzungen korrigiert, obwohl hierzu Gelegenheit bestanden hätte?
3. Wie bewertet die Landesregierung diesen in Frage 2 angesprochenen Umstand mit Blick auf die Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Parlament?

3. Abgeordnete

**Günter Eymael und
Jürgen Creutzmann (FDP)**

Ausgestaltung des nationalen Finanzrahmens nach der Reform der EU-Weinmarktordnung

Rund vier Monate nach der politischen Einigung ist die Reform der EU-Weinmarktordnung auch formell beschlossen worden. Zu den Eckpunkten der Reform zählen die Schaffung nationaler Finanzrahmen, die Liberalisierung der Pflanzrechte bis spätestens Ende 2018 und die Gewährung von im Zeitablauf degressiven Rodungsprämien für 175 000 ha Rebflächen. Die Saccharose-Anreicherung bleibt in den Weinbaugebieten, die davon derzeit Gebrauch machen, auch künftig erlaubt.

Mit den nationalen Finanzrahmen erhalten die EU-Mitgliedstaaten Gemeinschaftsgelder an die Hand, um Maßnahmen zugunsten ihres Weinsektors zu ergreifen. Förderfähig sind u. a. die Absatzförderung auf Drittlandsmärkten, die Umstrukturierung und Umstellung von Rebflächen, die Grünernte, die Errichtung eines Fonds auf Gegenseitigkeit, Ernteversicherungen sowie Maßnahmen der Kellerwirtschaft, der Vermarktung und der Produktentwicklung. Weiterhin dürfen die Mitgliedsländer die nationalen Finanzrahmen verwenden, um Betriebsprämien für Rebflächen zu zahlen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Beträge aus dem nationalen Finanzrahmen stehen in den kommenden Jahren für Rheinland-Pfalz insgesamt zur Verfügung und wie sollen die Finanzmittel auf die einzelnen Maßnahmen aufgeteilt werden?
2. Inwieweit soll die Anwendung von rektifiziertem Traubenmostkonzentrat (RTK) weiterhin gefördert werden?
3. In welcher Höhe werden Finanzmittel für die Drittlandsweinwerbung dem Deutschen Weininstitut (DWI) und den regionalen Weinwerbungen zur Verfügung gestellt?
4. Inwieweit werden die Fördersätze für Maßnahmen der Bodenordnung im Rahmen des Umstrukturierungsprogramms angehoben?

4. Abgeordneter

Erwin Rüdell (CDU)

Berichterstattung über „Altenpflegeskandal“

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwieweit ist die Landesregierung mit Blick auf Rheinland-Pfalz der Meinung, dass es gegenwärtig einen „Altenpflegeskandal“ gibt, wie das die SPD-Parteizeitung „Vorwärts“ in ihrer jüngsten Ausgabe zur bundesweiten Situation der Pflege berichtet?
2. Welche besondere Bedeutung sieht die Landesregierung in diesem Zusammenhang in der Arbeit der Arbeiterwohlfahrt (AWO)?
3. Welche Auswirkungen befürchtet die Landesregierung durch die Berichterstattung auf die AWO-Einrichtungen in Rheinland-Pfalz und damit auf die Situation der Altenpflege im Land?

5. Abgeordnete

**Hans Jürgen Noss und
Astrid Schmitt (SPD)**

Projekt Hallschlag

In der ehemaligen Munitionsfabrik ESPAGIT wurden ab dem Jahr 1914 Sprengstoffe sowie chemische Kampfstoffe produziert. Zusätzlich erfolgte in großem Umfang die Zerlegung und Entleerung von Munition. Auf dem Fabrikgelände wurden bis zu 180 000 Granaten, darunter auch kampfstoffhaltige Granaten, gelagert. Im Jahre 1920 wurde die Munitionsfabrik aufgrund einer Explosion zerstört. Große Mengen der gelagerten Munition wurden in die nähere und weitere Umgebung geschleudert. Im Jahre 1928 wurde das Gelände zunächst für munitionsfrei erklärt und mit der Errichtung von Siedlerstellen für Landwirte begonnen. Es stellte sich jedoch in den späten 80er Jahren heraus, dass das ehemalige Produktionsgelände großflächig mit Munition belastet war. Im Jahre 1989 wurde das Gelände eingezäunt und mit der Munitionsräumung begonnen. Im Juli 1997 beschloss das Land Rheinland-Pfalz, eine so genannte Sicherungsvariante auszuführen. Das Projekt soll nunmehr in diesen Tagen abgeschlossen werden.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie hoch waren die Kosten für das Projekt Hallschlag für das Land Rheinland-Pfalz seit der Wiederentdeckung der Altlast im Jahre 1987 und wie setzen sich diese zusammen?
2. Welche jährlichen Folgekosten für das Land Rheinland-Pfalz werden durch die so genannte Sicherungsvariante nach Abschluss der Restarbeiten noch entstehen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die am Beispiel von Hallschlag entwickelte Sicherungsvariante?
4. Wie schätzt die Landesregierung die Zusammenarbeit mit den örtlichen Kommunen wie auch mit der betroffenen Bevölkerung während des Projekts Hallschlag ein?

6. Abgeordnete

**Simone Huth-Haage und
Dr. Josef Rosenbauer
(CDU)**

Defizite im Konzept der Lehrerbildung in Rheinland-Pfalz

Die für die Akkreditierung der bildungswissenschaftlichen Studiengänge der Universität Mainz zuständige Kommission hat in ihrem Gutachten schwerwiegende Mängel aufgedeckt. Die Bildungswissenschaften entsprächen in keiner Weise den geforderten qualitativen Standards, Lehrangebote und Leistungsanforderungen passten nicht zusammen, auch seien die Studieninhalte keineswegs auf die Schulpraktika und fachdidaktischen Angebote abgestimmt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Ergebnisse des Gutachtens der für die Akkreditierung der bildungswissenschaftlichen Studiengänge zuständigen Kommission?
2. Wie bewertet die Landesregierung die Kritik dieses Gutachtens, dass nach dem Bachelor-Abschluss keine realistische Perspektive für einen Studienwechsel oder einen Eintritt in das Berufsleben gegeben sei?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Kritik aus den Reihen der Lehrerschaft, dass den Universitäten nicht die personellen, räumlichen und technischen Voraussetzungen für die Erfüllung der jeweiligen Kernaufgaben in der Lehrerbildung gegeben werden?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Kritik aus den Reihen der Lehrerschaft, dass die Praktikantenbetreuung zu großen Problemen an den Schulen führt?

7. Abgeordneter

Günter Eymael (FDP)

Neueste Entwicklungen am Flughafen Zweibrücken

Laut Bericht der Pirmasenser Zeitung vom 8. Mai des Jahres soll der Flughafen Zweibrücken noch in diesem Sommer mit einem Instrumentenlandesystem der Kategorie 2 ausgestattet werden. Da bei der Ausstattung mit einem modernen Landesystem die Landebahn aufgeschlitzt werden muss, soll in diesem Zusammenhang auch die Start- und Landebahn erneuert werden. Insgesamt ist für beide Maßnahmen ein Investitionsvolumen von mehreren Millionen Euro vorgesehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Fluggastzahlen und das Frachtaufkommen im Jahr 2008 (Januar bis April) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entwickelt?
2. Welche Investitionen und in welcher Höhe sind im Detail für die Landebahn, das Instrumentenlandesystem und sonstige Maßnahmen vorgesehen?
3. Inwieweit ist das Land Rheinland-Pfalz zu den seitens des Saarlandes angebotenen Kooperationsgesprächen bereit?
4. Welche Zukunftsstrategien in Bezug auf weitere Investitionen und Personalplanungen im Hinblick auf einen eventuell gemeinsam betriebenen Flughafen verfolgt die Landesregierung?

8. Abgeordnete

**Barbara Schleicher-
Rothmund und
Friederike Ebli (SPD)**

Störfälle in Atomkraftwerken

Auch wenn die Öffentlichkeit selten über jeden Störfall in einem Atomkraftwerk informiert wird, kommt es doch immer wieder zu meldepflichtigen Störfällen in Atomkraftwerken. Dies gilt auch für die Atomkraftwerke Philippsburg, Biblis und das französische Atomkraftwerk Cattenom in unmittelbarer Nachbarschaft zu Rheinland-Pfalz.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um die Sicherheit der Atomenergie fragen wir die Landesregierung:

1. Welchen Kenntnisstand hat die Landesregierung über Störfälle in den Atomkraftwerken Philippsburg, Biblis und Cattenom im Zeitraum der letzten zehn Jahre?
2. Welche Informationsquellen kann sich die Landesregierung dabei bedienen?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Summe der Störfälle in Atomkraftwerken in der aktuellen Debatte?

9. Abgeordnete
Christine Schneider und
Dorothea Schäfer (CDU)

Ausgestaltung des nationalen Finanzrahmens der Europäischen Weinmarktorganisation in Rheinland-Pfalz

Im Rahmen der Verhandlungen zur Reform der Europäischen Weinmarktorganisation wurde auch die Einführung des nationalen Finanzrahmens als Herzstück der Reform beschlossen. Aufbauend auf dem Prinzip der Subsidiarität können die Mitgliedstaaten Fördermaßnahmen für die Weinwirtschaft festlegen, welche auf die jeweiligen nationalen und regionalen Bedürfnisse abgestimmt sind.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Vorstellungen hat die Landesregierung zum Einsatz der Mittel aus dem nationalen Finanzrahmen?
2. Welche Vorstellungen hat die Landesregierung hinsichtlich der künftigen Ausgestaltung des bestehenden Umstrukturierungsprogramms?
3. Wie beurteilt die Landesregierung den Vorstoß der Kellereien und Genossenschaften, den Einsatz von rektifiziertem Traubenmostkonzentrat (RTK) weiterhin zu bezuschussen?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Forderungen, bei der Umsetzung des nationalen Finanzrahmens die Weinvermarktung und die Weinwerbung ebenso wie die Bodenordnung und die Flurbereinigung zu bezuschussen?

10. Abgeordneter
Dr. Peter Enders (CDU)

Voraussetzungen für die Entwicklung der Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung haben nach Einschätzung der Landesregierung mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen, weniger Bürokratie, leistungsgerechte Entgelte und wirksame Steuer-, Abgaben- und Beitragsentlastungen für die Menschen in Rheinland-Pfalz als Versicherte und Kunden für die künftige Entwicklung der Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz?
2. Warum finden sich im Masterplan für die Weiterentwicklung der Gesundheitswirtschaft in Rheinland-Pfalz hierzu keine relevanten Aussagen?

11. Abgeordnete
Fritz Presl und
Thomas Wansch (SPD)

Mini-Spielfelder in Rheinland-Pfalz

Der Deutsche Fußballbund (DFB) hat im Jahr 2007 beschlossen, deutschlandweit 1 000 Mini-Spielfelder zu fördern. Der DFB hat dazu insgesamt 23 Mio. Euro aus Mitteln der Fußball-WM 2006 bereitgestellt. Damit sollen Kunstrasenflächen insbesondere an Schulen entstehen. Ziel der einmaligen Aktion des DFB ist es, den Nachwuchs in Schulen und Vereinen für den Fußball zu gewinnen. Laut Internetseite des DFB wurden bis Ende Februar die Zu- bzw. Absagen erteilt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. An welchen Standorten in Rheinland-Pfalz wurden Mini-Spielfelder beantragt und wie viele davon werden vom DFB gefördert?
2. Welche Kriterien gelten für die Förderung?
3. Welche Eigenleistungen müssen erbracht werden?
4. Wie unterstützt die Landesregierung den Bau der Mini-Spielfelder?

**12. Abgeordneter
Günter Eymael (FDP)****Engpässe bei Saisonarbeitskräften in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft**

Die rheinland-pfälzischen Landwirte klagen zunehmend über Schwierigkeiten bei der Akquirierung von Saisonarbeitskräften. Gerade die polnischen Erntehelfer, die seit Jahren die stärkste Gruppe der Erntehelfer stellen, kommen nicht mehr in so großer Zahl. Bestätigt werden die Erfahrungen der rheinland-pfälzischen Landwirte durch Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit, nach denen etwa ein Fünftel der 2007 in Deutschland beschäftigten Saisonarbeiter in diesem Jahr wohl wegbleibt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Erntehelfer aus Polen werden voraussichtlich in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehen?
2. Wie viele Erntehelfer aus anderen EU-Staaten werden voraussichtlich in diesem Jahr in Rheinland-Pfalz zur Verfügung stehen?
3. Inwieweit wird sich die Landesregierung auf Bundesebene für eine vollständige Abschaffung der praxisfremden Eckpunktregelung zum Einsatz osteuropäischer Saisonarbeitskräfte einsetzen?
4. Inwieweit ist von der Landesregierung daran gedacht, über eine Bundesratsinitiative die Erweiterung des Saisonarbeitskräfteverfahrens auf die osteuropäischen Staaten Ukraine, Weißrussland und Moldawien auszudehnen?

**13. Abgeordneter
Gerd Schreiner (CDU)****Steuerreform „Mehr Netto für alle“**

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie errechnet sich das von Finanzminister Deubel unterstellte Entlastungsvolumen von einer Milliarde Euro bezogen auf Rheinland-Pfalz, falls das o. g. Steuerkonzept voll umgesetzt würde?
2. Wie hoch wären die damit verbundenen zu etatisierenden Steuermindereinnahmen für das Land?
3. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung in der Zeit der Regierung Kohl das Einkommensteueraufkommen in Deutschland infolge der Steuerreform des damaligen Bundesfinanzministers Stoltenberg entwickelt – jeweils bezogen auf die drei Folgejahre der jeweiligen Steuerreformschritte?
4. In welcher Höhe wären Steuerzuschüsse erforderlich, wenn die Sozialabgaben in der von Finanzminister Deubel vorgeschlagenen Form gesenkt werden würden?